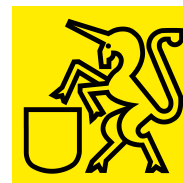


## 16. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 5. November 2012, 19:00 Uhr bis 21.10 Uhr
Ort	Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Stefanie Huber (GEU), Gemeinderatspräsidentin
Anwesend	38 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	René Crivelli Valeria Rampone Hans Zeier (SR)
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmenzähler	Jacqueline Hofer: Bereich SVP Benedikt Stockmann: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Andreas Sturzenegger: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

### Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 15. Sitzung vom 1. Oktober 2012
3. Dringliche Interpellation Dominic Müller (CVP) und 14 Mitunterzeichnende "Bushaltestellen Bahnhof Dübendorf"
4. Nachtragskredit über 730'000 Franken zum Projektierungskredit für die Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums  
GR Geschäft Nr. 131/2012
5. Bewilligung eines Bruttokredites von 353'000 Franken für die Realisierung neue Küche, Garderobe, Putzlager, Dusche, WC, sowie Anpassungen an der Buffetanlage bei der Liegenschaft Oberdorfstrasse 15, Obere Mühle  
GR Geschäft Nr. 157/2012
6. Revision der Statuten des Spitals Uster  
GR Geschäft Nr. 162/2012
7. Bürgerrechtsgesuche:
  - 7.1. Sinnathamby Santhakumar und Santhakumar Sasikala, srilankische Staatsangehörige, sowie die Kinder Gowshija und Tharmija  
GR Geschäft Nr. 101/2011



- 7.2. Leplat Christiane, französische Staatsangehörige  
GR Geschäft Nr. 159/2012
- 7.3. Schott Ralf, deutscher Staatsangehöriger  
GR Geschäft Nr. 160/2012
- 7.4. Tahir Ijaz Ahmad und Ruhi Samina, pakistanische Staatsangehörige, sowie das Kind Tasleem Fatima  
GR Geschäft Nr. 161/2012
- 7.5. Marinjes Biljana und Nebojsa, serbische Staatsangehörige, sowie die Kinder Dejan und David  
GR Geschäft Nr. 166/2012
8. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2012/2013

## 1. Mitteilungen

---

### Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum. Sie orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde. Stefanie Huber beantragt eine Änderung der Traktandenliste. Das Geschäft Nr. 7.4, Einbürgerung Tahir Ijaz Ahmad und Samina soll von der Traktandenliste gestrichen werden, da das Geschäft noch nicht behandlungsfähig ist.

### Abstimmung

Der Änderung der Traktandenliste wird mit 36 zu 0 Stimmen zugestimmt.

Weitere Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden werden keine erhoben.

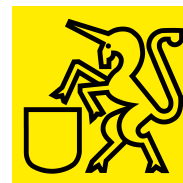
Am 5. März 2012 genehmigte der Gemeinderat das Reglement über die Wasserversorgung. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Die vom Rekurrenten angeregten Änderungen wurden vom Stadtrat mit SRB 12-316 vom 25. Oktober 2012 geheilt und das Reglement wird auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt. Das Bezirksgericht hat festgehalten und der Stadtrat zur Kenntnis genommen, dass für eine nochmalige Behandlung durch den Gemeinderat kein Anlass besteht, da die Anpassungen keine inhaltlichen Auswirkungen auf den Rest des Reglements haben.

Am 2. Juli genehmigte der Gemeinderat einstimmig den öffentlichen Gestaltungsplan "Pfadiheim Schlupf" und die damit einhergehenden Änderungen des Zonenplans und der Bauordnung. Gegen diesen Beschluss wurde am 3. August 2012 beim Baurekursgericht des Kantons Zürich Rekurs erhoben. Die 1. Stellungnahme wurde in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und dem Büro Gemeinderat resp. der KRL fristgerecht eingereicht.

### *Neue Geschäfte seit 1. Oktober 2012*

Der Stadtrat hat folgende neue Geschäfte überwiesen:

- Voranschlag 2013
- Finanzplan 2012-2016
- Weiterführung des Familienzentrums Dübendorf durch die Stadt Dübendorf
- Städtebauliche Testplanung „Wangenstrasse/Bahnhof plus“, Vorgehensweise und Rahmenkredit



- Neugestaltung des Strassenraumes in der Unteren Geerenstrasse, Abschnitt Wilstrasse bis Geerenbach
- Teilrevision der Gemeinderordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 sowie Erlass der neuen Pensionskassenverordnung und Genehmigung der neuen Stiftungsurkunde zwecks rechtlicher Verselbständigung der Pensionskasse der Stadt Dübendorf

Diese Geschäfte werden derzeit durch die GRPK vorberaten.

Bei der KRL sind keine neuen Geschäfte eingegangen.

Neue politische Vorstösse sind beim Ratsbüro keine eingegangen. Zum Verkauf Lindenhof wurde das Behördenreferendum ergriffen. Dieses wird an der nächsten Büro-Sitzung vom 12. November 2012 behandelt. Ebenfalls eingegangen ist die Beantwortung des Stadtrates auf das Postulat von Theo Johner und 5 Mitunterzeichnenden betreffend „Optimierte Strassenbeleuchtung“.

#### Fraktions- und persönliche Erklärungen

Keine

## **2. Protokollgenehmigung der 15. Sitzung vom 1. Oktober 2012**

---

Zum Protokoll der Sitzung vom 1. Oktober 2012 sind bei der Gemeinderatspräsidentin keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

## **3. Dringliche Interpellation Dominic Müller (CVP) und 14 Mitunterzeichnende "Bushaltestellen Bahnhof Dübendorf" GR Geschäft Nr. 175/2012**

---

#### Begründung

*Dominic Müller (CVP)*

„Bahnhof Dübendorf abends um fünf. Wart ihr in letzter Zeit wieder mal da und habt ihr es erlebt wie es dort aussieht? Ist das eine zumutbare Situation? Ist das die Visitenkarte von Dübendorf, die wir an unserem Hauptbahnhof zeigen wollen? Dass die Situation am Bahnhof Dübendorf äusserst unbefriedigend ist, das hat der Stadtrat schon vor einiger Zeit offiziell anerkannt. Und zwar in seiner Antwort auf das Postulat von Thomas Maier zum Bahnhof Dübendorf aus dem Jahr 2009. Darin wurden auch Pläne beschrieben, wie die Probleme gelöst werden sollen. In der Unterführung hat sich mit der Pinselrenovation etwas getan und der Insiderpark nimmt schon richtig Formen an. Auf der Südseite aber beim Busbahnhof hat sich nichts bewegt. Oder wenigstens wissen wir nichts davon. Mit der Unterstützung vieler Gemeinderatskolleginnen und –Kollegen habe ich im Namen der CVP Fraktion die vorliegende Interpellation eingereicht, damit wir alle wissen, dass es nicht mehr lange dauert, bis wir auch dort eine Lösung haben werden. Ich werde im Folgenden nochmal auf das Postulat von 2009 zurückkommen, auf die Fragen der Interpellation eingehen und an einem Beispiel aufzeigen, dass man kann kurzfristig und einfach etwas tun kann. So dass, die Antworten auf die Interpellation dann entsprechend klar aufzeigen, dass etwas läuft, was läuft und bis wann wir eine Lösung haben werden. Rufen wir uns als erstes nochmal die das Postulat und die Antworten darauf in Erinnerung. Darin wurde darauf hingewiesen:

- dass die Verkehrssicherheit kritisch ist
- dass die Situation für Behinderte, Familien und ältere Menschen, die nicht mehr so gut zu Fuss sind völlig unbefriedigend ist – ein Spiessrutenlauf, wenn man vom Zug auf den Bus muss.



- dass der Dönerstand wohl nicht die Visitenkarte ist, die wir uns wünschen

Der Stadtrat hat in seiner Antwort auf das Postulat die Problem anerkannt und auf den hohen Handlungsbedarf hingewiesen. Er hat damals drei Umsetzungsphasen angekündigt. Zu Phase 1 gehört u.a. die Pinselrenovation mit der neuen Beleuchtung und dem Farbkonzept, sprich neu streichen. Da hat sich was getan. Sehr gut! Phase 3 ist die Erneuerung des Richtplans für das ganze Gebiet. Für diese Gebietsplanung „Wangenstrasse / Bahnhof Nord plus“ liegt ein Kreditantrag aktuell beim Gemeinderat. Somit ist die Phase 3 bestens! Aber jetzt zu Phase 2, von der wir eben bisher nichts mehr gehört haben. Sie im Prinzip unabhängig von Phase 1 und sie ist unabhängig von der Überbauung Insiderpark. Ich zitiere: „(...) drängt sich eine Überprüfung der Verkehrsführung und der Vorfahrtsituation sowie der Vorplatzgestaltung im Bereich der Bettlistrasse auf“. Zu diesem Konzept gehören gemäss damaliger Antwort insbesondere:

- Überprüfung der Busvorfahrt und Bushaltestellen
- Überprüfung der Verbesserung der Fussgängerbeziehungen und Verkehrsführung im Bereich der Bettlistrasse
- Verbesserung der Zugänglichkeit zur Unterführung und der Perrons für Behinderte.

Phase 2 ist unabhängig vom Insiderpark. Und sie drängt sich auf. Also konnte 2009 gleich damit gestartet werden. Wir müssen also davon ausgehen, dass wir in der Zwischenzeit kurz vor der Umsetzung von Massnahmen stehen. Sind doch seither gut drei Jahre vergangen. - Aber wir wissen es nicht. Das führt mich als zweiten Punkt zu den konkreten Fragen der Interpellation. Wir haben lange nach Informationen gefragt und auf Antworten gewartet. Wir haben mündlich angefragt in den Fragestunden. Die Frage wurde bei der Infoveranstaltung zum Verkehrskonzept gestellt und nicht beantwortet. Bei der Informationsrunde vor der letzten Gemeinderatssitzung wurde nichts erwähnt. Daher wollen wir auf dem Weg der Interpellation mehr Wissen zur erwähnten Phase 2. Es nimmt uns wunder, was denn schon alles läuft. Im Idealfall rennt die Interpellation offene Türen ein. Wir wollen aber auch wissen, wie sich der Stadtrat eine Lösung vorstellt und welche Rahmenbedingungen er für sich definiert hat. Wir wollen die Planung kennen lernen: Wie wir realistisch und zeitnah zu einer Lösung kommen. Es wäre uns lieber, wenn nicht sieben Mal ein Konzept gemacht wird, dass dann irgendwann einmal in einer Lösung endet. Sondern wir wünschen uns vom Stadtrat konkrete Lösungen mit konkreten Schritten mit Meilensteinen und realistischen Terminen bis und mit Umsetzung. Wenn wir beim Thema „konkrete Lösungen sind“, möchte ich als dritten Punkt meiner Ausführungen ein Beispiel skizzieren, dass es durchaus einfache und finanzierbare Lösungen für die Phase 2 gibt. Wir haben die aktuelle Situation am Busbahnhof und die Lösungsmöglichkeiten mit einem Verkehrsexperten besprochen. Er hat eine mögliche einfache Lösung skizziert. Schauen wir die Situation an. Es geht eigentlich um die Kurve von der Einmündung der Neuhofstrasse in die Bahnhofstrasse bis zur Einmündung der Casinostrasse in die Bettlistrasse. Man könnte in diesem Bereich z.B. eine Begegnungszone einrichten. Dadurch beruhigt sich der Verkehr wesentlich. Mit wenigen baulichen Massnahmen kann man die Bussteige sanieren und auf behindertengerechte Höhe anheben. Und wenn man dann allenfalls noch die eine Haltestelle nach unten vor dem Restaurant Bahnhof vor die Kurve in die Bahnhofstrasse verlegen würde, dann kann die Bussituation entflochten werden. Und all das liegt in der Hand von Dübendorf, denn die Gestaltung der Haltestelle ist in der Verantwortung der Gemeinde. Und es geht mit niedrigen Kosten. Und wir hätten eine vernünftige Lösung bis allenfalls doch noch ein grosses Projekt kommt. Wir müssen also keine Angst haben vor Grossprojekte. Der Stadtrat konnte und kann also durchaus etwas tun. Lassen Sie mich zusammenfassen. Erstens, ist es diskussionslos, dass Handlungsbedarf besteht. Nicht nur die Verkehrssicherheit und die Behindertengerechtigkeit, sondern auch der erste Eindruck, den der Bahnhof von Dübendorf gibt, fordert dies. Zweitens hat die Bevölkerung aber auch die Politik ausserhalb des Stadtrates ein Bedürfnis nach Informationen, bis wann welche Lösungen umgesetzt sind. Drittens gibt es neben langfristigen Entwicklungsprojekten einfache, konkrete Lösungsansätze, die in der Hand von Dübendorf liegen und finanzierbar sind. Wenn der Stadtrat jetzt die erwähnte Phase 2 umsetzt, dann werden wir in ein paar Monaten, wenn wir abends um fünf am Bahnhof sind, nicht mehr chaotisch zwischen Autos und Bussen unser Leben riskieren müssen mit dem



Dönerprovisorium im Augenwinkel, sondern entspannt und in angenehmer Atmosphäre umsteigen können. Und wenn wir davon wissen und laufend darüber informiert werden, dass und wie es vorwärts geht, dann fällt uns allen das Warten viel einfacher. In diesem Sinne, bitten wir den Stadtrat, klar und greifbar aufzeigen, dass wir diese Situation am Busbahnhof gelöst haben werden, wie und bis wann.“

**Die dringliche Interpellation „Bushaltestellen Bahnhof Dübendorf“ ist durch den Stadtrat innert zwei Monaten zu beantworten.**

#### **4. Nachtragskredit über 730'000 Franken zum Projektierungskredit für die Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums GR Geschäft Nr. 131/2012**

##### Referat Mitglied GRPK

*Marcel Berli (SVP)*

„Das vorliegende Geschäft, über dessen Nachtragskredit wir heute befinden, hat schon vor meiner Tätigkeit als Gemeinderat grosse Emotionen und vereinzelt hohe Wellen geworfen. Verschiedene Strategien, die hohen Kosten und andere Ansichten wie weit man sanieren oder neu bauen soll, haben diese Planung über Jahre hinweg erschwert. Es ist für Dübendorf aber auch ein ganz wichtiges Thema und betrifft vor allem auch den am stärksten zunehmenden Bevölkerungsteil. Schnell ist der GRPK beim vorliegenden Antrag im April 2012 klar geworden, hier geht es nicht nur um den genannten Nachtragskredit. Sondern auch darum dieses mehrmals überarbeitete Projekt im heutigen Stand zu beurteilen. Ein "Ja" zum Nachtragskredit beinhaltet auch ein grundsätzliches "Ja" zum neuen Vorprojekt 11. Niemand bewilligt oder empfiehlt einen Projektierungskredit von fast Y. Mio. Franken, für ein Bauprojekt das er nachher nicht ausführen will! Um es trotzdem innert nützlicher Zeit und kurz erklären zu können werde ich es in 3 getrennten Themen - Abschnitten vorstellen. Im ersten Abschnitt werde ich die Historie auflegen und nachfolgend die Kostenentwicklung innerhalb der Projekte darstellen. Im zweiten Abschnitt gehe ich kurz auf die Architektur, Planung, Veränderungen und Optimierungen für die Erweiterung des ASZ ein. Im dritten Teil folgen die Anmerkungen, Beurteilung und einzelne Kritikpunkte mit der abschliessenden Empfehlung der GRPK. Im Juni 2008 haben die Dübendorfer Stimmberechtigten einem Projektierungskredit von 1,7 Mio. Franken für die Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums mit 88,6 % zugestimmt.

##### **Historie**

Als Grundlage lag dem Kredit eine Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2007 mit einer Kostenschätzung von 24 Mio. (+/-20Prozent) max. also knapp 29 Mio. Franken vor. Eine Baukommission wurde eingesetzt um ein nutzergerechtes und wirtschaftliches Projekt auszuarbeiten. Bereits während der Vorstudie wurde schnell klar das die groben Ungenauigkeiten der extern beauftragten Machbarkeitsstudie zu einer massiven Steigerung der Gesamtkosten auf ca. 31 Mio. führen wird. Dies wurde im Vorprojekt I mit Hilfe eines mittlerweile beauftragten Generalplaners klar aufgezeigt. Während diesem Planungsverlauf hat der Stadtrat als Kontrollinstanz Ende November 2008 einen sofortigen Planungsstopp beschlossen und eine Projektüberprüfung durch ein Fachgremium in Auftrag gegeben. Eine erneute Durchführung eines Vorprojektes (Vorprojekt 11) war erforderlich, dessen 1. Entwurf im Juni 2011 dem Stadtrat vorgelegt wurde. Ende August 2011 folgte die Abgabe des VP 11 und die erneute Kostenschätzung. Diese belief sich inzwischen auf fast 41 Mio. Franken. Der Grossteil der Kostenentwicklung zwischen dem VP I und VP I1 wird durch die inzwischen höheren Anforderungen, wie Schutzraumpflicht, Brandschutz, höherer Raumbedarf der Spitex, Vergrösserung der Bewohnerzimmer für eine Optimierung in der Doppelbelegung und die energetischen Massnahmen wie z.B. Minergie-P, für das sich die Stadt Dübendorf verpflichtet hat begründet. Über 1.5 Mio. Franken sind aber auch auf die Teuerung zurück zu führen, da bis zur Beendigung dieser verschiedenen Planungsphasen unglaubliche 5 Jahre gebraucht wurden!



## Architektur

Gehen wir kurz auf die Vorprojekte und Architektur ein: In dieser Phase wurde die Bettenzahl, das Raumprogramm, die Wohnstruktur, die Architektur, die Gestaltung, die baupolizeilichen Aspekte und die Kosten untersucht. Auf Grund der Ergebnisse und einer parallel erfolgten Anpassung des Betriebskonzeptes stellte man fest, dass die Grundlagendokumente des Projektes I substanziell nicht verheben und komplett neu überarbeitet werden müssen. Wenn wir abschliessend das Vorprojekt I1 betrachten, dass unter Berücksichtigung des laufend immer wieder angepassten Betriebskonzeptes erstellt wurde, wäre wohl heute die Bezeichnung: "Neubau ASZ mit baulichen Anpassungen zum bestehenden Bettentrakt" passender als von einer Erweiterung und Sanierung zu reden. Die Vorteile liegen jedoch auf der Hand. Es kann in mehreren Etappen gebaut werden und der Betrieb dadurch mit einfacheren Provisorien und weniger Einschränkungen weitergeführt werden. Mit dem neu konzipierten, zurückgesetzten Zentraltrakt der unter dem Bettentrakt verläuft, sowie dem aufgesetzten Bettentrakt, der später noch zusätzlich um 3 Meter verschoben wurde (für eine mögliche 2. Erweiterung) der neuen Anlieferung und die neue Tiefgarage haben die Mehrheit der GRPK jedoch überzeugt. Ebenfalls die Raumoptimierung mit der dadurch verbundenen Fassadenveränderung. Ebenfalls hat man sich auch mit der Umgebungsplanung beschäftigt und in diesem Grundriss erkennt man für mich am besten was die Raumoptimierung gebracht hat auch in der Begegnungszone. Es öffnet und lockert die Räume und wirkt viel einladender als gerade schmale Korridore im Spitalstil. Beurteilung der GRPK Der UK wurde Ende März 2012 durch den Projektleiter die Gliederung der umfangreichen Aktenaufgabe mit sämtlichen Planungsstufen sowie der damalige Projektierungsstand erklärt. Nach der Einarbeitung wurde der gesamten GRPK am 14. Mai 2012 Das neue Vorprojekt 11 durch Herrn Dag Vierfuss (Brandenberger + Ruosch AG) sowie unseren Stadtrat Kurt Spillmann vorgestellt. Der Projektierungskredit der für die Sanierung des ASZ gesprochen wurde, basierte wirklich auf fragwürdigen Studien. Wir hoffen, dass der Stadtrat mit den gemachten Erkenntnissen in Zukunft keine Kredit-Anträge mehr mit Schätzungen auf Grund von solchen Machbarkeitsstudien mehr stellen wird! Wir bedanken uns aber beim Stadtrat und der heutigen Baukommission für die Unterstützung, die sofortige Einsicht in sämtliche zusätzlich angeforderten Akten, Stadtrat-Beschlüsse, Studien und Zweitmeinungen von Fachgremien die uns vorbehaltlos zur Verfügung gestellt wurden. Warum aber unsere 28 Fragen die innert 3 Wochen nach der Projektvorstellung durch die GRPK verabschiedet wurden, erst 3 Monate später im August und die 4 Anschlussfragen Ende August nochmals 1 Monat später beantwortet wurden können wir nicht verstehen. Die Fragen sind zwar sehr ausführlich und bis auf wenige Ausnahmen gut begründet und zufriedenstellend beantwortet. Aber ein solch langwieriges und harziges Geschäft sollte nicht noch für Antworten 4 Monate verzögert werden. Einzig zwei Punkte sorgten Ende September innerhalb der GRPK für geteilte Meinungen und führten zu weiteren Abklärungen und Nachprüfungen. 1. Die Bettenzahl, die im Projekt höher ist als die Empfehlung der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich und 2. Die hohen Kosten im Vergleich zu dezentralen Pflegewohnungen. Die Empfehlung der Bettenzahl wurde jedoch im Jahr 2002 erstellt, als der Kanton noch zu Subventionszahlungen pro Bett verpflichtet gewesen wäre und dadurch sicher im tiefsten Segment Empfehlungen abgab. Die innerhalb der GRPK erwähnten viel zu hohen Kosten müssen aber bei einem seriösen Vergleich rasch relativiert werden. In einem fairen Vergleich muss der alljährliche Mehraufwand für die dezentrale Pflege, Betreuung, Verwaltung, sowie wenn nötig auch der Küche bei jeder dezentralen Wohnung für ca. 20 Jahre berechnet und zu den erstmaligen Investition + Einrichtungskosten addiert werden. Zusätzlich hat die Auslastung gemäss Belegungsliste von dezentralen Pflegewohnungen in den letzten 3 Jahren regelmässig abgenommen. Ist aber ein zunehmendes Bedürfnis für dezentrale Pflege-Wohnungen zu erkennen, kann schnell darauf reagiert werden. Die erhaltenen Stadtratsbeschlüsse gaben uns auch Einblicke in die Schwierigkeiten der einzelnen Projekte und ihrer Entwicklung. Auch die Differenzen zwischen einzelnen Baukommissions-Mitgliedern und die dadurch notwendigen Neubesetzungen führten sicher nicht zu einer rascheren Abwicklung des Projektes. Wir fordern den Stadtrat auf, in eigener Regie Ursachenforschung zu betreiben. Es ist nicht das erste Planungs-Projekt der Exekutive, das über Jahre hinweg mehrmals bearbeitet werden muss und den Steuerzahler mehr kostet als nötig gewesen wäre! Die SR-Begründung für den damaligen Projektstopp können wir nicht nachvollziehen! (eine fachliche Beurteilung oder ständige Projektaufsicht fehlte!) Eine





Baukommission wird ja unter diesem Aspekt zusammengesetzt! Nötige fachliche Kompetenzen, Aufsichts- und Organisationserfahrung für das geplante Projekt vereinen! Wir glauben der Stadtrat weiss, dass er massgeblichen Anteil an den Verzögerungen im Projekt und den damit verbundenen Mehrkosten zu tragen hat. Dies ist in mehreren Dokumenten und Protokollen klar ersichtlich. Die GRPK ist jedoch keine PUK die alte Schwierigkeiten im Detail ausleuchten muss. Einzelne Schuldzuweisungen in mehrmals ändernden Kommissionen und Legislaturperioden sind praktisch unmöglich und auch nicht unsere Aufgabe. Aber auch die neue Besetzung der Baukommission beurteilt die GRPK, trotz der wirklich guter Arbeit die inzwischen geleistet wird, als problematisch! Wir empfehlen der Exekutive zukünftige Baukommissionen nicht mit gewählten Gemeinderäten (Legislative) zu besetzen! Oder wenigstens zurückhalten, wenn diese falsch informiert, mittels Email die Arbeit der UK zusätzlich erschweren. Dies kann und wird beim nächsten Vorfall zu berechtigten Einsprachen führen. Denn in dieser Konstellation kann die politisch geforderte Gewaltentrennung nicht eingehalten werden.

## **Empfehlung**

Die GRPK hält in der Empfehlung fest, dass trotz nachträglicher Kostenoptimierung und einer Reduzierung auf maximal 38 Mio. Franken grosszügig geplant und nicht mit allerletzter Konsequenz gespart wurde! Dies soll aber auf den von uns zu prüfenden Zusatzkredit keinen Einfluss haben. Entweder lehnt man das heutige konzeptionell sehr gute und durchdachte "Vorprojekt 11" in seinem ganzen Umfang aus ideologischen oder Kostengründen ab, oder steht hinter den notwendigen Investition die mit Voraussicht auf mögliche Erweiterungen geplant werden müssen. Dass in Dübendorf dringender Handlungsbedarf an Alters- und Pflegewohnungen und Pflegeplätzen besteht und eine Sanierung mit Ausbau des ASZ zwingend ansteht, kann niemand bestreiten. Wir hoffen heute Abend noch eine kurze Begründung zu vernehmen, warum die benachbarte und angemietete Demenzabteilung mit nur 10 oder 12 Plätzen nicht im neuen Bettentrakt integriert wurde? Die Mehrheit der GRPK steht aber im Grundsatz zum vorliegenden Vorprojekt 11, das auf einem bemerkenswerten Stand ist und es verdient zu Ende geführt zu werden. Wir wollen den Weg für die Zukunft endlich frei machen und empfehlen dem Gemeinderat mit 11 zu 2 Stimmen den Nachtragskredit über Fr 730'000.00 zu genehmigen!"

## Stellungnahme der Mitglieder GRPK

*Daniel Brühwiler (GEU/glp)*

„Ich stelle es gleich an den Anfang: Die GEU-Fraktion wird den Nachtragskredit für die Planung des ASZ ablehnen. Bevor ich auf die eigentlichen Gründe der Ablehnung zu sprechen komme, mache ich zwei Vorbemerkungen:

- Uns ist bewusst, dass der beantragte Kredit genau genommen aus zwei Teilen besteht. Zum einen geht es darum, den Zentraltrakt des ASZ mit Dienstleistungen wie Lingerie, Küche, Speisesaal etc. und auch den Verwaltungstrakt zu sanieren bzw. zu erneuern. Zum andern geht es darum, die Anzahl Pflegebetten zu erhöhen. Uns ist bewusst, dass der Zentraltrakt in die Jahre gekommen ist und Sanierungsbedarf besteht. Diesen Sanierungsbedarf stellen wir mit der Ablehnung des beantragten NK nicht in Frage.
- Es geht uns auch nicht darum, den Bedarf nach zusätzlichen Pflegebetten in Frage zu stellen. Auch wir schauen den demografischen Gegebenheiten ins Auge.

Es geht uns also nicht darum, Investitionsbedarf im Bereich ASZ grundsätzlich in Frage zu stellen. Aber alles ist eine Frage des „Wie?“ und des „Wie viel?“. Und genau da sind wir der Meinung, dass der SR sich auf dem falschen Pfad bewegt. Beginnen wir mit der Zimmerzahl und der Zahl der Pflegebetten. Als der GR den Planungskredit bewilligte, ging man von 66 Zimmern mit etwa 100 Pflegebetten aus und glaubte, dies für 24 Mio. bauen zu können. Heute plant man 43 Zimmer mit 63 stationären Pflegebetten sowie sechs Betten für die Akutpflege, braucht dafür aber 38 Mio. Man wagt kaum an die Höhe des Kredits zu denken, den man bei 100 Pflegebetten wirklich gebraucht hätte! Aber das ist Schnee von gestern, viel brisanter ist, dass auch die jetzt geplanten 63 stationären Pflegebetten immer noch zu viel sind. Um die Bettenzahl zu bestimmen, hat der SR drei Teilgebiete des Kt. Zürich genommen, und verglichen, wie viele Einwohner über 65 Jahren dort wohnen und wie viele Pflegebetten vorhanden sind. Jenes Gebiet mit den meisten Pflegebetten pro 1000 Einwohner



über 65 hat er genommen und damit die Anzahl Pflegebetten und Zimmer im ASZ bestimmt. Im entsprechenden SR-Beschluss heisst es lapidar: Die so bestimmte Anzahl Pflegebetten liegt über der Empfehlung der Gesundheitsdirektion des Kt. Zürich. Die hohe Anzahl Zimmer ist unser erster Kritikpunkt am Projekt. Wenn der SR schon grosszügig bauen will, würden wir erwarten, dass er sich auch Gedanken über die Finanzierung macht. Eigentlich hat er die Absicht bekundet, dies zu tun. Im letzten Finanzplan – also vor etwa einem Jahr – hat er nämlich angekündigt, alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen. Als wir in der GRPK jetzt nach den Ergebnissen dieser Prüfung fragten, sagte der SR nur, dass es noch keine gebe. In Erfahrung zu bringen war lediglich, dass der SR seit Mitte April 2012 ernsthaft alternative Finanzierungsmöglichkeiten sucht. Für uns in der GEU-Fraktion grenzt dies an Schlendrian. Da plant Dübendorf eines seiner grössten Investitionsvorhaben; der Finanzplan hat längst aufgezeigt, dass die Finanzierung nicht aus Steuermitteln nicht einfach wird; der SR aber nicht ernsthaft vorwärts mit seinen Abklärungen zu den alternativen Finanzierungsmöglichkeiten. Das ist unser zweiter Kritikpunkt. Nun komme ich zu unserem dritten Kritikpunkt. Es ist unsere Hauptkritik. Vor Jahren war es die Strategie des SR, den Ausbau des ASZ mit dezentralen Pflegewohnungen voranzutreiben. Die letzte Pflegewohnung, die tatsächlich in Betrieb genommen wurde war die Pflegewohnung Heugatter. Dies war vor ziemlich genau zehn Jahren. Im Zusammenhang mit der Vorberatung des vorliegenden Nachtragskredits haben wir den SR nach den Investitionskosten der Pflegewohnung Heugatter gefragt. Offenbar hat man damals für den speziellen Innenausbau und die Betriebseinrichtung etwas über Fr. 90'000.-- investiert und damit acht Pflegeplätze geschaffen. Natürlich muss man für die Pflegewohnung monatlich einen Mietzins entrichten, welche sich im Laufe eines Jahres etwa zu Fr. 50'000.-- addieren. Mit der Hälfte des ASZ-Kredites von 38 Mio. könnte man den Mietzins für 64 Pflegebetten in Pflegewohnungen problemlos während etwa 50 Jahren bezahlen, bei einer korrekten Berechnung der Kapitalverzinsung wohl sogar während 100 Jahren. Pflegewohnungen haben aber noch einen andern Vorteil; man könnte nämlich das Angebot viel besser und flexibler an die Nachfrage anpassen und auf waghalsige Prognosen über den künftigen Bedarf an Pflegebetten verzichten. Zwar geht es heute nicht um den eigentlichen Baukredit, sondern nur um einen Nachtragskredit zum Planungskredit. Wenn wir aber die dargelegten alternativen Möglichkeiten betrachten, sind wir der Meinung, dass das ganze Projekt gerade in finanzpolitischer Hinsicht dermassen auf falschen Voraussetzungen aufgebaut ist, dass es bereits diesen Nachtragskredit nicht mehr braucht. Für uns Politiker bietet sich hier die Möglichkeit, Geld zu sparen, ohne Leistungen abzubauen oder zu reduzieren. Deshalb sollten wir es tun. Und deshalb wird die GEU-Fraktion gegen den beantragten Nachtragskredit stimmen. Tun Sie es auch!“

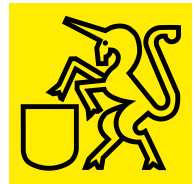
#### Stellungnahme Stadtpräsident Kurt Spillmann

„Ich bedanke mich für die umfangreiche, kompetente und detaillierte Präsentation des Sprechers der GRPK. Im speziellen bedanke ich mich im Namen des Stadtrates und der Baukommission, dass man dieses Geschäft ausserordentlich positiv aufnimmt. Im November 2008 hat der Stadtrat ja bekanntlich das erste Vorprojekt abgelehnt und die Planung sistiert. Man entschied sich das vorliegende Vorprojekt I von Grund auf zu prüfen. Bettenzahl, Raumprogramm, die Architektur sowie die Kosten von geschätzten 31 Millionen wurden untersucht. Heute weiss man definitiv, dass sich dies gelohnt hat und der Stadtrat, auch unter Berücksichtigung massgeblich zeitliche Verzögerungen in Kauf zu nehmen, rechtzeitig und richtig mit dem Planungsstopp reagiert hat. Das beauftragte externe Fachgremium für die Projektüberprüfung ist zum Schluss gekommen, dass unter anderem die Kosten massiv unterschätzt wurden. Zu den falschen Schätzungen kamen etliche weitere Mängel dazu. Der Stadtrat beauftragte die Baukommission das Projekt komplett überarbeiten, sodass dieses kaum mehr wiederzuerkennen war. (Vorprojekt I zu Vorprojekt II) In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass sich die Projektüberprüfung nicht nur auf Kostensicherheit, sondern auch auf das Projekt positiv ausgewirkt hat. Somit konnten wesentliche Schwachstellen aufgedeckt und bei der Projektüberarbeitung beseitigt werden. Auf Grund der Ergebnisse der Projektüberprüfung und einer parallel dazu erfolgten Anpassung des Betriebskonzeptes wurden, von der inzwischen personell angepassten Baukommission, die Grundlagendokumente des Projektes substantiell überarbeitet.





Neuer Standort des Erweiterungsbau im Mingerie-P Standard, Bettenzahl von neu max. 84 anstatt ursprünglich 100 zu einem, sowie aber auch deutlich grössere Bewohner-Zimmer und Nasszellen, grösserer Raumbedarf der Spitex, sowie die Berücksichtigung der massiv umfangreicheren und komplexeren neuen Aufgaben im stationären und ambulanten Bereich infolge der neuen Pflegefinanzierung. Ende August 2011 folgte durch die Baukommission die Abgabe des Vorprojektes II und die erneute Kostenschätzung zu Händen des Stadtrates. Das Resultat dieser Arbeit: Kostenschätzung 40,9 Mio. Die Steigerung der Gesamtanlagekosten von der Machbarkeitsstudie zum Vorprojekt I und zum Vorprojekt II konnte mit der Teuerung und den zahlreichen Mehrleistungen erklärt werden. Trotz der erklärbaren Kostensteigerung wurde seitens der Baukommission eine Kostenoptimierungsphase eingeleitet, um bei gleich bleibenden Vorgaben das Vorprojekt II zu optimieren und die Baukosten zu reduzieren. Die Kostenoptimierung des VP II wurde im Dezember 2011 termingerecht abgeschlossen. Anpassungen an Struktur, Fassade, Umgebung, Haustechnik und Ausbau konnten Minderkosten von Fr. 2,6 Mio. (inkl. Anpassung der Bauherrenreserve) erzielt werden. Die Kostenschätzung für das aktuelle VP II mit Minergie-P beläuft sich aktuell auf 38,3 Mio. Darin enthalten ist eine Bauherrenreserve von Fr. 1,187 Mio. Der Stadtrat hat an seiner Januar Sitzung das überprüfte VP II mit den begründeten Mehr- und Minderkosten zur Kenntnis genommen. Angesichts des detaillierten, aktuellen Planungsstandes und den seriös und fundiert erarbeiteten Bauprojektkosten von rund 38,3 Mio. war aus Sicht des Stadtrates der Auftrag der Baukommission für die Erarbeitung eines nutzergerechten und wirtschaftlichen Projektes erfüllt. Nach Abschluss des VP II und vor Beginn der Bauprojektphase ist heute zum richtigen Zeitpunkt, infolge grösserem Planungsaufwand und an die Bausumme gekoppelte Planungshonorare, bei Ihnen geschätztes Parlament, der notwendige Nachtragskredit von Fr. 730'000 bewilligen zu lassen. Mit Ihrer Zustimmung zum vorliegenden Geschäft ist sichergestellt, dass der Weg über das veränderte Vorprojekt auch seitens des Gemeinderates als der richtige angesehen wird. Im Weiteren wird die Baukommission, mit einem positiven Signal Ihrerseits, ermächtigt die Erarbeitung des Bauprojektes auszulösen. Ich danke Ihnen im Namen des Stadtrates, als Präsident der Baukommission, allen involvierten Stellen zu diesem Geschäft, im speziellen dem Betrieb, den Planern und der Bauherrenbegleitung, für die stets konstruktive und hervorragende Zusammenarbeit. Jetzt möchte ich kurz auf die von der GRPK erwähnten Punkte eingehen betreffend Demenzabteilung. Es ist keine Demenzabteilung im Erweiterungsbau geplant. Die zukünftig dement erkrankte Bewohnerinnen und Bewohner werden im bestehenden Betrieb gepflegt und betreut. Die dritte Etappe plant, wenn der Bedarf vorhanden ist – in zwei bis drei Jahren werden wir merken, ob die Nachfrage steigend ist –, eine solche Demenzabteilung zu erstellen. Auf dem Situationsplan Bestand 2012 sieht man den Perimeter ASZ – Öffentliche Zone. Heute ist die dezentrale Demenzabteilung in unmittelbarer Nähe. In der Etappe 2010 – 2018 wird die Sanierung bzw. Neubau des Pflegeheims ein Sachzwang. In der Etappe 2012 – 2026 wird die dezentrale Demenzabteilung auch im Zusammenhang mit einer möglichen Sanierung der Alterswohnungen angeschaut. Dort kann auch ein diesbezüglicher Neubau in Betracht gezogen werden. Das geniale an der etappierten Planung ist, dass nach jedem Abschluss einer Etappe wieder gestoppt werden kann und der jeweilige Bedarf wieder neu angeschaut werden kann. Zum angesprochen Punkt der Besetzung der Baukommission. Das ist nicht ganz falsch. Unabdingbar in solch grossen Projekten sind jedoch auch spezielle Fachkompetenzen. Den Handlungsbedarf hat der Stadtrat jedoch zur rechten Zeit erkannt und die entsprechenden Korrekturen auch vorgenommen. Dies zur Baukommission. Dann habe ich noch gehört, dass bei der Kostenoptimierung nicht mit aller Konsequenz gespart worden sei. Auch das ist richtig. Aber bspw. haben wir in Minergie-P gebaut und auch den Bewohner, mit 30 % mehr Raum als vorgegeben ist, in den Mittelpunkt gestellt. So sind die Aufenthaltsbereiche sehr grosszügig angelegt worden. Die Qualität allgemein war uns sehr wichtig. Geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, folgen sie der Empfehlung der GRPK und signalisieren sie mit einem deutlichen positiven Entscheid zu diesem Geschäft auch Ihre Bereitschaft den Weg für die Zukunft unseres Alters- und Spitexzentrum frei zu machen.“



## Allgemeine Diskussion

*Jacqueline Hofer (SVP)*

Sie sei enttäuscht darüber, dass es Gemeinderatskolleginnen und -kollegen gebe, die sich gegen den Nachtragskredit aussprechen. Für sie sei dies unakzeptabel. Sie fragt, wie lange dieses Projekt denn noch verzögert werden solle. Es sei ihr ausserordentlich wichtig, den älteren Menschen von Dübendorf Sorge zu tragen. Und dass den Bürgerinnen und Bürgern, die ihr Leben lang in Dübendorf Steuern bezahlt haben und damit Dübendorf zu einer äusserst attraktiven Stadt gemacht haben, auch etwas zurückgegeben werden soll. Das Alters- und Spitexzentrum sei notwendig und längst überfällig. Aus Respekt vor der älteren Generation bitte sie, den Nachtragskredit zu genehmigen.

*Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne)*

Sie fragt, wie alt alle werden möchten, ob sie alt werden möchten und wie man im Alter wohnen möchte. Sie führt aus, dass die meisten Menschen alt werden wollen. Sie würden aber auch wissen, dass in die Situation kommen werde, wo sie nicht mehr zu Hause wohnen können. In Hinblick auf die Entwicklung der Bevölkerung sehe man, dass es je länger je mehr ältere Personen haben werde. Es gebe also mehr alte Leute, die im Alter eine entsprechende Wohnlage haben wollen. Aus diesem Grund braucht es sowohl dezentrale und auch zentrale Lösungen. Die konkrete Vorlage habe eine lange Geschichte, die man nicht an einem Abend sinnvoll aufarbeiten könne. Darum sei sie dafür, dies beiseite zu legen und in die Zukunft zu blicken. Dh. auf das vorliegende Projekt blicken, dass ihre Fraktion als sinnvoll anschauere. Es gebe, wie bereits von der GEU/glp-Fraktion erwähnt, die Frage, ob die Stadt Dübendorf das notwendige Geld habe. Sie beantworte dies mit einem Ja. Sie sei der Meinung, dass das Geld für den Nachtragskredit und ebenfalls für die nachfolgende Umsetzung vorhanden sei. In der Vergangenheit sei genug lange gespart worden und darum sei jetzt auch genügend Geld für diese notwendige Investition aus eigenen Mitteln vorhanden. Sie überlege sich, wieso sich in dieser Stadt so wenig bewege, so wenig umgesetzt werde. Immer sagen alle „Ja, aber...“, weil gewisse Details nicht ganz passen. Darum fordert sie auf mutig zu sein, zum Ganzen Ja zu sagen, auch wenn nicht alle Details stimmen. Sie wolle jedoch trotzdem der Baukommission mitgeben, dass es für sie ein Problem sei, dass keine Demenzabteilung geplant sei. Ihr gehe es nicht nur um eine Demenzabteilung, sondern auch um einen Demenz-Garten. Sie bittet darum, diesen Punkt auf ihre Möglichkeit zu prüfen. Die SP/JUSO/Grüne-Fraktion unterstützte das Projekt einstimmig - damit es endlich vorwärts gehe in Dübendorf.

*Bruno Fenner (BDP/EVP)*

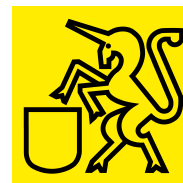
„Was lange währt wird (hoffentlich) endlich gut! Bereits an der Gemeinderatssitzung vom 7. April 2008 habe ich darauf hingewiesen, dass die angenommenen 24 Mio. Franken für das damals vorgelegte Projekt niemals eingehalten werden kann und dass darum der Planungskredit von 1.7 Mio. Franken mit grosser Vorsicht zu geniessen sei. Somit war es für mich absolut keine Überraschung, als der Stadtrat im November 2008, die Reissleine ziehen musste. Wen man nur ein bisschen etwas vom Planen und Bauen versteht, war dieser Schritt absolut voraussehbar und notwendig. Ich behaupte ohne diesen Stopp und der Projektüberprüfung würden wir heute vor einem grossen Scherbenhaufen stehen. An dieser Stelle muss ich auch einmal dem Stadtrat ein Kompliment machen. Das hat er echt gut gemacht. Bravo. Mit diesem Schritt wurde der Weg freimacht für eine totale Überarbeitung des Projektes. Mit einer neuen Baukommission wo jeder viel Fachwissen und Erfahrung mitbrachte und vor allem mit einem neuen motivierten Präsidenten, machten wir uns alle auf den Weg, die Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums, mit Herzblut und Verstand voranzutreiben. Diverse Alterszentren wurden vor Ort angeschaut. Vor und Nachteile nächtelang ausdiskutiert. Es wurde über Parkplätze ober- oder unterirdisch gestritten, sogar über Flachwäsche ist ausgiebig diskutiert worden. Jeder Raum wurde speziell hinterfragt, auch in ihrer Grösse und Funktionalität. Ebenfalls wurde in dieser Zeit das wichtige 153-seitige Projekthandbuch erstellt. In



dieser Zeit, wurden wir super unterstützt von unserem Bauherrenvertreter Herrn Dac Vierfuss und dem kompetenten Planungsteam der Batimo AG mit den Herren Weyermann und Trost. Ebenfalls grosse Unterstützung erhielten wir von Herrn Zehnder vom Arch. Büro Bob Gysin + Partner AG. Bei funktionalen Fragenstellungen stand uns jederzeit der Direktor vom Alterszentrum Herrn Guggisberg kompetent zur Seite. Das Projekt hat so richtig an Fahrt zugelegt und alle zogen am gleichen Strick. Ende August 2011 erfolgte die Abgabe des Bauprojektes mit einer Kostenschätzung von plus minus 41 Mio. Franken mit einer Ungenauigkeit von +/- 15 %. Über die detaillierten Mehrkosten möchte ich mich nicht länger auslassen, diese sind im Antrag ja bestens erklärt worden (z. B. MINERGIE P statt MINERGIE, Brandschutz und Schutzraumpflicht, gestiegener Raumbedarf seitens Spitex, die Grösse der Bewohnerzimmer wurde auf eine Doppelbelegung ausgelegt, um nur einige zu nennen). Nach diesen Zahlen, wurden sofort alle Kosten überprüft. Auch hier wurde wieder gerungen und intensiv diskutiert. Aber der Aufwand hat sich gelohnt und so konnten wir die Kosten um 2.6 Millionen auf 38.3 Millionen senken. Ich war schon in vielen Baukommissionen tätig, (früher waren es Schulhäuser), aber noch nie war der Detaillierungsgrad in der Vorprojektphase so hoch wie an diesem Projekt. Darum bin ich mir ziemlich sicher, dass wir hier keine finanziellen Überraschungen erleben werden. Leider wurde unser Schwung in dieser Sache durch die Politik wieder einmal abrupt gestoppt. Es ist mir unerklärlich, wieso man für dieses Geschäft fast ein Jahr brauchte, bis es heute im Gemeinderat vorliegt. Wohlgermerkt es handelt sich hier um den Nachtragskredit und noch nicht um das Bauprojekt. Es interessiert mich auch nicht an wem es gelegen hat, Stadtrat, oder GRPK, Untergruppe oder wer auch immer. Es ist mir schon klar, dass der Nachtragskredit der wegweisende Entscheid ist aber musste es wirklich so lange dauern. Im Interesse von unseren älteren Mitmenschen, hoffe ich, dass die Projektprüfung dann nicht nochmals ein Jahr dauert bevor wir an der Urne über dieses tolle Projekt abstimmen können. Ich lasse mich gerne positiv überraschen. So jetzt wieder zurück zum Geschäft. Der grössere Planungsaufwand und die an die Bausumme gekoppelten Planungshonorare bedingen unter anderem, dass sich die Projektierungskosten gegenüber dem bereits bewilligten Kredit entsprechend erhöhen. Die BDP unterstützt den Nachtragskredit von 730'000 Fr. und bittet Sie dies ebenfalls zu tun.“

#### *Hans-Felix Trachsler (SVP)*

„Die SVP Fraktion unterstützt den Plankredit und damit als Vorentscheid das Erweiterung-und Erneuerungsprojekt ASZ vorbehaltlos. Wir sind der dezidierten Ansicht, dass das Vorhaben nun gut durchdacht und entscheidungsreif ist. Wenn ich die Voten im Rat und insbesondere die Haltung der GLP Revue passieren lasse, dann bin ich ein wenig irritiert über die ablehnende Haltung unserer Kollegen. Das Bedürfnis nach einem Ausbau des ASZ ist ausgewiesen. Die bestehende Infrastruktur ist in zeitlicher Hinsicht dringend wieder auf einen aktuellen Stand zu bringen. Nach unserer Ansicht kann der Bedarf an Pflegeplätzen nicht ausschliesslich via Pflegewohnungen abgedeckt werden. Die Nachfrage nach Pflegeplätzen steigt rein aufgrund der demografischen Entwicklung unserer Bevölkerung in den kommenden Jahren an. Für eine Pflegewohnung sind zwar die Investitionen deutlich kleiner, aber ob die Gesamtrechnung (Investitionen und anschliessende Betriebskosten) über die ganze Nutzungsdauer dann wirklich günstiger zu stehen kommt, mag ich bezweifeln. Oder liegen allenfalls die Gründe für die negative Haltung zu diesem Projekt, das unbestrittenermassen auch finanziell sehr bedeutend ist, ganz an einem anderen Ort? Ich weiss es nicht. Ich habe einen Verdacht. Wenn ich mich richtig erinnere, leitete Finanzvorstand Martin Bäumle die erste Baukommission. Unter seiner Ägide erlitt das 1. Vorprojekt Schiffbruch und die anschliessende Neuausrichtung des gesamten Vorhabens war auch sehr zeitintensiv. Von den Mehrkosten wollen wir nicht sprechen. Ist da im SR noch eine Rechnung offen? Es wäre schade, wenn derartige Gedanken die Meinungsbildung der GLP Fraktion zu stark beeinflussten. Die SVP Fraktion ist der Meinung, dass Vergangenheitsbewältigung zwar wichtig ist, aber für den vorliegenden Antrag ausgeklammert werden sollte. Das mit einigen Hürden erarbeitete Projekt überzeugt durch seine Flexibilität, da spätere Erweiterungsbauten gut möglich sind. Der Antrag verdient die Unterstützung aller. Ich bitte nachdrücklich um Zustimmung.“



## Abstimmung:

Dem Nachtragskredit zum Projektierungskredit über Fr. 730'000 wird mit 32 zu 4 Stimmen zugestimmt.

## Beschluss

1. Dem Nachtragskredit für die Projektierung der Erweiterung des Alters- und Spitexzentrums Dübendorf von Fr. 730'000.00 wird zulasten der Investitionsrechnung 2012, Konto 1570.5030.57, zugestimmt.
2. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

5. **Bewilligung eines Bruttokredites von 353'000 Franken für die Realisierung neue Küche, Garderobe, Putzlager, Dusche, WC, sowie Anpassungen an der Buffetanlage bei der Liegenschaft Oberdorfstrasse 15, Obere Mühle  
GR Geschäft Nr. 157/2012**

---

### Referat Mitglied GRPK

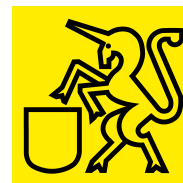
*Rolf Biggel (FDP)*

#### **„Um was geht es bei diesem Geschäft**

Unter dem Namen "Obere Mühle – Kultur in Dübendorf" besteht seit 1991 eine Stiftung, welche in der Liegenschaft der Stadt Dübendorf einen Begegnungsort für kulturelle Veranstaltungen betreibt. Darin enthalten ist auch die Möglichkeit, einen kleinen gastronomischen Betrieb zu führen, welcher sich über die Jahre hinweg immer mehr vergrösserte und sich den nachgelagerten Bedürfnissen von kulturellen Veranstaltungen anpasste. Heute ist diese Institution, welche durch den Verein Move-In geführt wird, nicht mehr wegzudenken. Fact ist aber, dass die aktuelle Infrastruktur nicht mehr zeitgemäss ist. Sie wurde anlässlich einer Kontrolle durch das Lebensmittelinspektorat durch diese Kontrollinstanz beanstandet. Man bekam die Auflage, entweder eine Sanierung vorzunehmen oder den Restaurationsbetrieb zu schliessen. Dies führte in der Folge zum vorliegenden Antrag des Stadtrates der von Gesamtkosten von Fr. 353,000.-- ausgeht und der neben der Realisierung einer neuen Küche mit vorgeschriebener Lüftung auch die verlangte Sanierung der Garderobe, des Putzlagers und der Toiletten beinhaltet. Sinnvollerweise wird dabei auch gleichzeitig die in die Jahre gekommene Buffetanlage erneuert. Die Kapitalfolgekosten belasten die laufende Rechnung mit jährlich 10 % der Nettoinvestitionen, d.h. mit Fr. 35'300.00.

#### **Getroffene Abklärungen seitens der GRPK**

Die GRPK stellt fest, dass das Geschäft klar und transparent dokumentiert ist. Die UK Mitglieder der GRPK haben auch die Möglichkeit gehabt, einen Augenschein über die geplanten Massnahmen vor Ort zu nehmen. An dieser Stelle möchten wir uns ganz herzlich bei der Liegenschafts Abteilung der Stadt Dübendorf und beim Geschäftsführer der Oberen Mühle bedanken, die uns spontan und unkompliziert Rede und Antwort gestanden sind. Auch unsere anschliessenden ergänzenden schriftlichen Fragen wurden rasch und offen beantwortet. Innerhalb der GRPK wurde das Projekt aber auch kritisch hinterfragt. So standen zu Beginn Bedenken im Raum, dass die heutige Betriebsform, bei welcher über Mittag auch ein kulinarisches Angebot besteht, das lokale Gewerbe konkurrenziert werden könnte. Diese Bedenken konnten dann in einer intensiven, aber fair geführten Diskussion ausgeräumt werden. Ebenso der Punkt, dass es aus konzeptionellen Gründen keinen Sinn mache, auf dem benachbarten Badi Restaurant zu basieren. Dieses ist nämlich während der Winterzeit geschlossen und verfügt über keine Heizung. Auch eine Cateringalternative wurde besprochen und dann wieder verworfen, weil sie keine zielführende Lösung darstellt.



## **Fazit**

Wir konnten uns davon überzeugen, dass das vorliegende Projekt keine Luxuslösung darstellt, sondern nur die Vorschriften der Lebensmittelverordnung bzw. die Auflagen des Lebensmittelinspektorats umsetzt. Im Zusammenhang mit diesem Geschäft bestehen kaum Alternativen. Eine Ablehnung des Antrages hätte zur Folge, dass in der Oberen Mühle während Veranstaltungen weder Getränke ausgeschenkt noch kleine Stärkungen angeboten werden können. Zur Infrastruktur des Kultur- und Freizeitzentrums gehört eine kleine Restaurationsmöglichkeit. Vor dem Hintergrund, dass die Obere Mühle eine wichtige Rolle als Kulturvermittlerin der Stadt Dübendorf erfüllt und dass dabei eine gastronomische Infrastruktur für die zahlreichen Veranstaltungen unerlässlich ist, unterstützt GRPK den Antrag des Stadtrates einstimmig. Ich beantrage daher im Namen der GRPK Zustimmung zum vorliegenden Geschäft.“

## Stellungnahme der Mitglieder GRPK

Keine.

## Stellungnahme Stadtrat Martin Bäumle

Er danke der GRPK herzlich für die Prüfung des Geschäfts. Es sei so, dass die Obere Mühle heute ein eigenständiger Gastrobetrieb sei. Das vorliegende Projekt sei zusammen mit der Oberen Mühle und der Abteilung Liegenschaften der Stadt Dübendorf entwickelt worden. Die Ursachen seien aufgrund der Vorgaben des Lebensmittelinspektorates klar gewesen. Klar sei auch, dass die Küche mit der heutigen Nutzung entweder saniert werden oder aber der Gastrobetrieb eingestellt werden müsse. Der Stadtrat beschloss darum, den entsprechenden Kredit zu bewilligen. Er sei froh, dass der vorliegende Kredit bei der GRPK auf uneingeschränkte Zustimmung stosse. Er bedanke sich im Namen des Stadtrates, wenn der Gemeinderat heute dem Kredit zustimme.

## Allgemeine Diskussion

Keine

## **Abstimmung:**

(Andrea Kennel und Patric Crivelli treten in den Ausstand, da sie Mitglieder des Stiftungsrates sind)

Dem Bruttokredit über Fr. 353'000 für die Obere Mühle wird mit 33 zu 0 Stimmen zugestimmt.

## **Beschluss**

1. Dem Gemeinderat wird beantragt, einen Bruttokredit von Fr. 353'000.00 für die Realisierung neue Küche, Garderobe, Putzlager, Dusche und WC (Personal + Besucher) sowie Anpassungen an der Buffetanlage zulasten der Investitionsrechnung 2012, Konto 1090.5030.40 zu bewilligen.
2. Die Kreditsumme erhöht oder reduziert sich entsprechend der Entwicklung des Zürcher Wohnbaukostenindex in der Zeit zwischen Kostenschätzung (Preisbasis Index 2011 = 101.7 Punkte, Basis 1. April 2010 = 100 Punkte) und Bauausführung.
3. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug





## 6. Revision der Statuten des Spitals Uster GR Geschäft Nr. 162/2012

---

### Referat Mitglied GRPK

*Dominic Müller (CVP)*

„Neues Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz (SPFG). Was verbindet ihr damit? Wie würdet ihr das einem Bürger erklären? Das vorliegende Geschäft ist eine direkte Folge davon. Als Leiter der Unterkommission der GRPK habe ich das Geschäft zusammen mit Stefan Kunz vertiefter angeschaut und mit dem Stadtrat Detailfragen geprüft. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die rasche und kompetente Beantwortung der Fragen. Ich möchte im Folgenden auf drei Hauptpunkte eingehen:

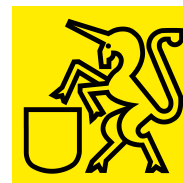
1. Überblick der Statutenrevision geben
2. Welche Auswirkungen und Risiken sie beinhaltet
3. Was diese Revision nicht beinhaltet und einen Ausblick geben

Nach einer abschliessenden Zusammenfassung werdet ihr wissen, warum die GRPK euch empfiehlt, diesem Geschäft zu zustimmen. Zuerst also zum warum die beantragte Statutenrevision notwendig ist und was sie beinhaltet.

1. Einführung in Spitalfinanzierungsgesetz – per 1. Januar 2012
  - a. Vollkostendeckung
    - i. Subjektbezogene Beitragszahlung
    - ii. Ausgeglichene Betriebsrechnung über Patientenbeiträge
    - iii. Defizitbeiträge der Zweckverbandsgemeinden entfallen
  - b. Investitionskosten
    - i. Es fliessen keine Investitionsbeiträge mehr
    - ii. Es gibt keine Subventionen mehr
    - iii. Spitäler können Fremdkapital aufnehmen
  - c. Finanzierung
    - i. Das Spital führt einen eigenen Haushalt
    - ii. Bilanzfähigkeit und Regelung der Vermögens- und Eigentumsverhältnisse.
2. Abbildung der neuen Verhältnisse, damit das Spital Uster handlungsfähig bleibt
3. Kompetenzerweiterung notwendig für Handlungsspielraum

Als zweites ist die GRPK der Fragen nachgegangen, welche Auswirkungen und Risiken die Statutenrevision bringt:

1. Dübendorf wird Mitbesitzerin des Spitals
  - a. Anteil der Stadt wird zu EK - Der Anteil Dübendorfs am Eigenkapital wird um 15% liegen und ca. 5 Mio. Franken ausmachen
  - b. Umwandlung des Anteils nach der kantonalen "Verordnung über Umwandlung von Investitionsbeiträgen an Spitäler (InUV)". Sie liegt noch nicht vor. Dabei gibt es praktisch keinen Spielraum. Das Resultat auch noch von einer externen Revisionsstelle des Zweckverbands geprüft wird.
2. Beteiligung am Unternehmenserfolg
  - a. Defizitbeiträge fallen weg
  - b. Anteil am Unternehmenserfolg
  - c. Aber auch Einlagepflicht bei Unterdeckung
3. Mitsprache bleibt gewahrt
  - a. VR Vertretung durch SR Kurt Spillmann
  - b. Vier Delegierte: SR Hans Zeier, GR Gaby Gossweiler, GR Charlotte Meyer und Dr. Sven Michelsen



Als dritte schliesslich, was diese Revision nicht beinhaltet und was später auf uns zukommt:

1. Zukünftige Ausrichtung des Spitals bleibt offen
  - a. Andere Spitäler werden bereits als AG geführt so z.B. Wetzikon oder die Rechtsform der Stiftung wäre eine Alternative
2. Diskussion gestartet
  - a. Beispiele der damit verbundenen politische Fragen, wie viel Einfluss will die Gemeinde in die Gesundheitsversorgung in der Region, welches unternehmerische Potenzial kann zusätzlich erschlossen werden, wenn die Form ganz privatwirtschaftlich ist?
3. Umfangreichere Diskussion und Vorlage ist zu erwarten
  - a. Das gehört aber nicht zu dieser Vorlage.
  - b. Da werden wir noch genügend Zeit haben ein Andermal drüber zu diskutieren.

Es lässt sich zusammenfassen, dass die beantragte Statutenrevision notwendig ist. Dass sie keine wesentlichen Risiken für Dübendorf bringt und dass die Grundsatzfrage der Rechtsform erst im nächsten Schritt diskutiert wird. Der Verwaltungsrat hat der Statutenrevision einstimmig zugestimmt Die Delegierten der Zwecksverbandsgemeinden haben alle der Statutenrevision ohne Gegenstimme zugestimmt Die GRPK hat dem Antrag einstimmig zugestimmt und empfiehlt dem Gemeinderat dasselbe zu tun.“

#### Stellungnahme der Mitglieder GRPK

Keine.

#### Stellungnahme Stadtpräsident Kurt Spillmann

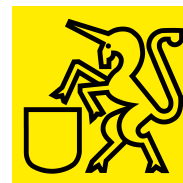
Er erwähnt, was sich mit der Statutenänderung für die Stadt Dübendorf ändere. Die Stadt Dübendorf werde keine Betriebs- und auch keine Investitions-Beiträge mehr an das Spital Uster leisten müssen. Neu seien Anlagekosten in den Preisen und Tarifen des Spitals inkludiert und deshalb habe sich der Betrieb selbst zu tragen und auch selbst zu finanzieren. Der nach KVG vorgeschriebene Staatsanteil an die Gesundheitskosten werde subjektbezogen, das heisst pro Patient, in Rechnung gestellt und neu vom Wohnortskanton beglichen werden. Die Gemeinden sind damit ausser Pflicht. Die Defizitbeteiligung falle weg. Neu sei die Stadt Dübendorf als Mitbesitzerin des Spitals am Unternehmenserfolg, mit allen Chancen und Risiken, beteiligt. Das Spital Uster sei im nationalen und kantonalen Benchmark sehr gut platziert und deshalb aus wirtschaftlicher Sicht in vielversprechender Ausgangslage. Die früher bzw. bisher mitfinanzierten Investitionen des Spitals Uster würden rückwirkend auf den Januar 2012 in unverzinsliche Beteiligungen umgewandelt und in der Höhe ihres Restbuchwertes aktiviert werden. Man wisse, dass der Zweckverband ca. 30 Millionen Franken Eigenkapital ausweise und der Anteil bzw. die Beteiligung der Stadt Dübendorf in etwa 15 % ausmachen werde. Die Stadt Dübendorf werde als Folge davon einen Buchgewinn von ca. 4.5 – 5 Mio. Franken erzielen, dürfe diesen aber mit Billigung des Gemeindeamtes des Kantons Zürich umgehend ausserordentlich abschreiben. Vorerst gelte es, die Statuten nach neuem und teilweise auch übergeordnetem Recht anzupassen. Ob in einer zweiten Phase die öffentlichrechtliche Trägerschaft in eine private (Stiftung oder AG) umgewandelt werden soll, sei noch offen. Vor- und Nachteile würden beidseits entstehen und seien bekannt. Die Zweckverbandsgemeinden des Spitals Uster seien sich in dieser Frage (rechtliche Trägerschaft) noch nicht einig. Er bedankt sie für die Aufmerksamkeit.

#### Allgemeine Diskussion

Keine

#### **Abstimmung:**

Der Revision der Statuten des Spitals Uster wird mit 37 zu 0 Stimmen zugestimmt.



## Beschluss

1. Der Revision der Statuten des Spitals Uster gemäss Vorlage vom 9. Mai 2012 wird zugestimmt.
2. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug

## 7. Bürgerrechtsgesuche:

---

Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) erklärt, dass die Bürgerrechtskommission (BRK) die vorliegenden Anträge geprüft habe. Ausser beim Traktandum 7.1 wird auf ein Referat der BRK verzichtet, da diese Gesuche von der Bürgerrechtskommission einstimmig zu Annahme empfohlen werden.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden Beschlüsse:

### 7.1. Sinnathamby Santhakumar und Santhakumar Sasikala, srilankische Staatsangehörige, sowie die Kinder Gowshija und Tharmija GR Geschäft Nr. 101/2011

---

Referentin BRK

*Lena Lademann (SP/JUSO/Grüne)*

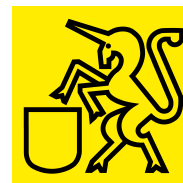
Sie erklärt, dass zu schlechte Deutschkenntnisse die Begründung für die ablehnende Stimme sei. Sie macht den Gemeinderat jedoch darauf aufmerksam, dass die Familie den verlangte Deutschtest bei der WBK Dübendorf absolviert und bestanden hat. Somit fehle die rechtliche Grundlage für die Verweigerung der Einbürgerung.

#### Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 21 zu 6 Stimmen zu.

#### Beschluss

1. SINNATHAMBY Santhakumar, srilankischer Staatsangehöriger, geboren am 1. August 1965 in Imaianan (Sri Lanka), verheiratet, Küchenchef, und seine Ehefrau SANTHAKUMAR Sasikala, srilankische Staatsangehörige, geboren am 28. Februar 1975 in Point Pedro (Sri Lanka), verheiratet, Mitarbeiterin, sowie die Kinder SANTHAKUMAR Gowshija, geboren am 12. Mai 1999 in Zürich (ZH) und SANTHAKUMAR Tharmija, geboren am 28. September 2003 in Zürich (ZH), wohnhaft Bettlistrasse 36, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



## **7.2. Leplat Christiane, französische Staatsangehörige GR Geschäft Nr. 159/2012**

---

### Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 28 zu 1 Stimmen zu.

### Beschluss

1. LEPLAT geb. Ingrassia Christiane Rita Elisabeth, französische Staatsangehörige, geboren am 27. September 1960 in Tunis (Tunesien), verheiratet, Kinderbetreuerin, wohnhaft Meisenrain 22f, 8044 Gockhausen, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

## **7.3. Schott Ralf, deutscher Staatsangehöriger GR Geschäft Nr. 160/2012**

---

### Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 26 zu 1 Stimmen zu.

### Beschluss

1. SCHOTT Ralf, deutscher Staatsangehöriger, geboren am 30. November 1966 in Heilbronn-Sontheim (Deutschland), ledig, Maschinen-Ingenieur, wohnhaft Glärnischstrasse 23, Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

## **7.4. Tahir Ijaz Ahmad und Ruhi Samina, pakistanische Staatsangehörige, sowie das Kind Tasleem Fatima GR Geschäft Nr. 161/2012**

---

Dieses Geschäft wurde am Anfang der Sitzung von der Traktandenliste gestrichen und darum nicht behandelt.



**7.5. Marinjes Biljana und Nebojsa, serbische Staatsangehörige, sowie die Kinder Dejan und David  
GR Geschäft Nr. 166/2012**

---

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 24 zu 2 Stimmen zu.

Beschluss

1. MARINJES Biljana, serbische Staatsangehörige, geboren am 21. Mai 1984 in Cuprija (Republik Serbien), verheiratet, Kassenkoordinatorin und ihr Ehemann MARINJES Nebojsa, serbischer Staatsangehöriger, geboren am 6. September 1982 in Cuprija (Republik Serbien), verheiratet, Paketzusteller, sowie die Kinder MARINJES Dejan, geboren am 4. April 2005 in Zürich (ZH) und MARINJES David, geboren am 18. Mai 2007 in Zürich (ZH), wohnhaft Hörnlistrasse 3, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**8. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2012/2013**

---

Die Gemeinderatspräsidentin erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind 6 Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs.

- 1. Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne):** **Zukünftige Ausrichtung Dübendorfs bei der Einsparung von Energie und bei der Förderung von erneuerbaren Energien.**

„Am 25. Mai 2011 beschliesst der Bundesrat einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, setzt er im Rahmen der neuen Energiestrategie 2050 auf verstärkte Einsparungen, den Ausbau der Wasserkraft und der neuen erneuerbaren Energien sowie wenn nötig auf fossile Stromproduktion und Importe. Zudem sollen die Stromnetze rasch ausgebaut und die Energieforschung verstärkt werden. Dass die Energiewende auch auf lokaler Ebene stattfinden muss, ist bei vielen unbestritten. So wurde auch das Postulat „Energiespar-Contracting“ an der Gemeinderatssitzung vom 1. Oktober 2012 mit 20 zu 13 Stimmen überwiesen. In der Ratsdebatte nahm Stadtpräsident Lothar Ziörjen kurz Stellung. Er finde das Postulat von Matthias Maag sehr interessant. Allerdings sei der Stadtrat bereits an einem laufenden Verfahren zu diesem Thema. Man sei also bereits daran, die im Postulat vorgeschlagenen Lösungsansätze umzusetzen. [...]“

*Fragen*

1. Welche Lösungsansätze (sowohl Einsparungen als auch Förderung von erneuerbaren Energien) werden in der von Lothar Ziörjen erwähnten Arbeitsgruppe diskutiert?
2. Welche Massnahmen zur Förderung der Photovoltaik beabsichtigt der Stadtrat umzusetzen?





*Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)*

Es handelt sich hierbei um ein laufendes Verfahren. Im Moment sind zwei verschiedene Stellen am Arbeiten und schauen momentan alle möglichen Lösungsansätze an. Alles, was zur Verfügung steht, wird zum jetzigen Punkt angeschaut. Auch im Bereich der Photovoltaik sieht es ähnlich aus. Eine Massnahme konnte bereits erfolgreich geplant werden (Werkhof). Weitere Möglichkeiten werden bei neuen Bauten jeweils angeschaut.

*Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne)*

Er fragt nach einer Zeitangabe, bis wann die ersten Massnahmen voraussichtlich umgesetzt werden können.

*Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)*

In einem Jahr.

## **2. Bruno Fenner (BDP):**

### **„Nüsslikreisel“ im Wil**

„Seit einigen Jahren funktioniert der „Nüsslikreisel“ im Wil einwandfrei. Der Verkehr läuft flüssig und die Fussgänger haben vier sichere Fussgängerstreifen mit Mittelinseln zur Verfügung. Der Schulweg ist für die Kinder vom Schulhaus Wil um einiges sicherer geworden. Die zwei erhöhten Glasperlenhügel mit den bepflanzten „runden“ Buchsbüschen geben dem Kreisel das gewisse Etwas. Leider wurde seit ca. den Sommerferien die Holzumzäunung abmontiert. Als direkter Anwohner (von meinem Arbeitsplatz habe ich freie Sicht auf den Kreisel) sehe ich unglaubliches. Fussgänger benützen von der Wilstrasse kommend nicht mehr die Fussgängerstreifen, sondern wählen den direkten Weg über den Flachteil des Kreisels zum SPAR Laden und umgekehrt. Ich habe auch schon einen Mann mit Krücken auf diesem Weg gesehen. Eine Mutter (mit Kinderwagen) wollte die glitzernden Steine näher betrachten und fand sich mit ihren zwei Kindern in der Mitte des Kreisels wieder. Leider häufen sich die Vorkommnisse in letzter Zeit! Meine Nachbarn und ich könnten ihnen unzählige Geschichten rund um den Kreisel erzählen. Bevor auch die Schüler diese „Abkürzung“ benützen, muss die Umzäunung wieder errichtet werden.“

*Fragen*

1. Wieso wurde die Holzumzäunung abmontiert?
2. Wann wird sie wieder erstellt?

*Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)*

1. Wegen einem Schwertransport
2. Innerhalb der nächsten zwei Wochen

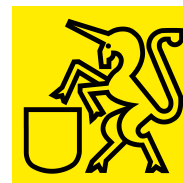
## **3. Bruno Eggenberger (BDP):**

### **WC-Wagen der Stadt Dübendorf**

„Die Stadt Dübendorf hat einen WC-Wagen, der jeweils gebraucht wurde, wenn ein Fest stattfindet. Man konnte immer darauf zurückgreifen, wenn man einen brauchte. Die eigene Miete eines solchen Wagens ist eine relativ teure Angelegenheit. Der WC-Wagen ist nun relativ alt und konnte nicht mehr vorgeführt werden. Somit wird er entsorgt werden. Für Vereine und Veranstalter von Festen hätte es relativ grosse finanzielle Konsequenzen, wenn sie selbst WCs mieten müssten.“

*Fragen*

1. Wird ein neuer Wagen angeschafft?
2. Oder gibt es andere Ideen?



*Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)*

Die Anschaffung eines neuen WC-Wagens würde rund Fr. 37'000 kosten. Dieser muss dann unterhalten, gereinigt und transportiert werden. Ebenfalls benötigt er einen Abstellplatz. Mit einem Mietwagen als Alternative würden all diese Punkte wegfallen. Die Kosten beider Varianten halten sich in etwa die Waage. Aus diesem Grund hat sich der Stadtrat für die Variante der Miete entschieden. Die Stadt wird bei grossen Vereinsveranstaltungen weiterhin einen WC-Wagen oder –Container organisieren.

#### **4. Angelika Murer Mikolasek (GEU/glp): Mobiliy-Standorte in Dübendorf**

„Zurzeit gibt es in Dübendorf 4 Mobility Standorte, und zwar die Standorte Bahnhof, Givaudan, Neuweg und Micasa. Keine Mobility Standorte befinden sich jedoch im Gebiet Zentrum/Wil oder Gockhausen..“

*Fragen*

1. Sieht der Stadtrat Bedarf für MobilityStandorte in den Gebieten Zentrum/Will und Gockhausen?
2. Gibt es Bestrebungen seitens des Stadtrates, mit Mobility das Gespräch zu suchen bzw. Verhandlungen aufzunehmen, um Mobilitystandorte in den Gebieten Zentrum/Will und Gockhausen zu realisieren?
3. Fall ja, wurden diese Gespräche bereits geführt und mit welchem Ergebnis?

*Stadtrat André Ingold (SVP)*

1. Im Moment gibt es keinen Bedarf für weitere Standorte
2. Es wurden bereits Gespräche mit der Mobility geführt. Standorte in der Stadtmitte sind von Mobility mangels Interesse der Bevölkerung abgelehnt worden.
3. Nein, es sind keine weiteren vorgesehen.

#### **5. Patrick Angele (SP/JUSO/Grüne): Leepünt**

„Aus der entsprechenden Presseerklärung des Stadtrates habe der Gemeinderat erfahren, dass das Leepünt-Areal nach dem vorsorglichen Abbruch im Baurecht abgegeben werde.“

*Fragen*

1. Was sind die Gründe für den überstürzten Abbruch auf dem Leepüntareal?
2. Was passiert die nächsten fünf Jahre auf dem Gelände?
3. Wann und wie wird im Prozess der Neugestaltung das Parlament eingebunden?

*Stadtrat Martin Bäumle (GEU/glp)*

1. Der Abbruch ist nicht überstürzt. Das Thema wurde bereits mehrmals aufgegriffen. Gemäss Terminplan war klar, dass der Abriss erfolgt, nachdem das Dorffest durchgeführt wurde. Und zwar nachdem all die verschiedenen Nutzer des Leepünts ihre neuen Räumlichkeiten bezogen hatten. Das geplante Datum wurde sogar vom 5. auf den 12. November verschoben.

*Patrick Angele (SP/JUSO/Grüne)*

Er empfinde seine Frage nicht als beantwortet. Er wolle wissen, wieso der Abbruch jetzt vorgenommen werde und nicht erst, wenn ein konkretes Projekt vorliege.

*Stadtrat Martin Bäumle (GEU/glp)*

Diese Diskussion sei im Parlament bereits geführt worden; er wiederhole sich nicht gerne.



*Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)*

2. Die Wiederherstellung erfolgt ungefähr im gleichen Rahmen wie dies nach dem Conti-Abbruch gemacht wurde. Das Gelände werde nach wie vor für Veranstaltungen gebraucht werden können. Ansonsten werde es nicht bebaut oder mit neuen Anlagen bestückt werden.
3. Das Parlament werde zum normalen Zeitpunkt miteinbezogen, so wie dies jeweils üblich ist, nämlich wenn z. B. ein Gestaltungsplan oder ein Kaufvertrag oder Zonenänderung vorliegt.

*Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne)*

Während der Debatte des Gemeinderates konnte der Stadtrat nichts Konkretes sagen. Darum staune sie jetzt, dass plötzlich so schnell Ideen parat seien, wie sie an der Pressekonferenz präsentiert wurden. Deshalb wolle sie auch gerne wissen, seit wann diese Ideen dem Stadtrat bekannt seien.

*Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)*

Die Ideen sind nicht neu entstanden, sondern aus einem längeren Prozess heraus. Bereits bekannt gewesen sei das weitere Vorgehen, wie es durch den Stadtrat geplant war.

## **6. Hans Baumann (SP/JUSO/Grüne): Rückbau Leepünt**

„Letzte Woche hat der Stadtrat über den bevorstehenden Rückbau des Leepünt-Areals informiert. Etwa gleichzeitig haben die JUSO Dübendorf/Glattal den Stadtrat angefragt, ob sie die für den Abbruch geplanten Häuser nach deren Räumung für eine Kunstaktion (Graffiti-Bemalung) verwenden können.“

*Fragen*

1. Ist es richtig, dass der Stadtrat die Bewilligung für eine solche Kunstaktion verweigert hat?
2. Welches ist die Begründung des Stadtrats?

*Stadtrat Martin Bäumle (GEU/glp)*

1. Nein, das ist nicht richtig.
2. Es war kein Geschäft des Stadtrates.

Der Stadtrat habe ausführlich über das weitere Vorgehen im Leepünt-Areal berichtet. Beim Rückbau des Conti-Gebäudes wurden Graffitis gemacht. Dies war jedoch lange geplant und wurde durch den Stadtrat auch entsprechend genehmigt, ausserdem war die Jugendarbeit involviert. In jetzigen speziellen Fall kam via Telefon und E-Mail eine kurzfristige Anfrage ohne Konzept und ohne Bezug zur Jugendarbeit. Trotzdem habe er Abklärungen mit der Jugendarbeit gemacht. Die klare Antwort sei gewesen, dass dies bereits geprüft worden sei und seitens Jugendlichen kein Interesse vorhanden sei. Ebenfalls würden die notwendigen Ressourcen fehlen, da die Anfrage derart kurzfristig gestellt worden sei. Die Zeit, um das Begehren im Stadtrat zu besprechen war aufgrund der Kurzfristigkeit ebenfalls nicht vorhanden. Der Antragstellerin wurde mitgeteilt, dass sie das nächste Mal früher anfragen solle. In den nächsten Jahren würde sich mit Sicherheit eine Möglichkeit dazu ergeben.



## **Einwände gegen die Verhandlungsführung**

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf § 151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

---

Schluss der Sitzung: 21.10 Uhr

---

Für die Richtigkeit

Beatrix Peterhans  
Gemeinderatssekretärin

## **Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Stefanie Huber  
Gemeinderatspräsidentin

Jacqueline Hofer  
Stimmzählerin

Benedikt Stockmann  
Stimmzähler

Andreas Sturzenegger  
Stimmzähler